
„SCHWARZ-ROT-GOLD IST BUNT GENUG“?

*Die Alternative für Deutschland im Regierungsbezirk Münster –
Politische Positionen, Organisation und Auftreten einer
rechtspopulistischen Partei*



5	INHALT
6	„RECHTS DER UNION“ – AUFTRIEB NACH SPALTUNG
7	ZWISCHEN VERMEINTLICHER SERIOSITÄT UND RECHTSPOPULISTISCHEN ZUSPITZUNGEN: DIE AFD IN NRW
8	DER „GESUNDE MENSCHENVERSTAND“: RECHTSPOPULISTISCHE STRATEGIE IN NRW
10	FEHLENDE ABGRENZUNG BZW. SCHNITTMENGEN ZUR EXTREMEN RECHTEN
11	BLICK IN DIE KREISVERBÄNDE: PERSONAL, STRATEGIE UND ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG
11	MÜNSTER: SERIÖSE INSZENIERUNG UND PROMINENTE GÄSTE
13	KREIS WARENDORF: DEMONSTRATIONEN, ANFRAGEN UND VERANSTALTUNGEN
14	BOTTROP: GASTGEBER FÜR LANDESPARTEITAGE UND EIN STREITBARER RATSHERR
15	GELSENKIRCHEN: STREIT IM RAT UND KOOPERATION MIT PRO NRW
15	KREIS BORKEN: AUSTRITTE UND NEUANFANG
16	OHNE PARLAMANTARISCHE VERTRETUNG: DIE AFD IN DEN KREISEN RECKLINGHAUSEN, COESFELD UND STEINFURT
17	DIE AFD IM REGIERUNGSBEZIRK MÜNSTER – EIN VORLÄUFIGES FAZIT
18	AUSBLICK
21	KONTAKTE UND ANSPRECHPARTNERINNEN

„SCHWARZ ROT GOLD IST BUNT GENUG“?

„Wir wollen dies auch gar nicht schaffen“ rief Christian Blex, Sprecher des Kreisverbandes Warendorf der Alternative für Deutschland (AfD), seinem Publikum Mitte November vergangenen Jahres bei einer von seinem Kreisverband organisierten Demonstration in Oelde in Bezug auf die „Integration einer solchen Zuwanderung aus kulturfernen Regionen“ entgegen¹. „Deutschland ist uns mit den Farben schwarz-rot-gold bunt genug“², setzte der Paderborner Kreissprecher Günter Koch wenige Wochen später noch eins drauf.

Diese Aussagen stehen exemplarisch für eine eindeutige Absage an die für die Protagonist_innen der AfD vor allem durch Angela Merkel repräsentierte Asylpolitik sowie an einen multikulturellen Gesellschaftsentwurf für Deutschland. Sie zeigen aber auch die Bezüge zu völkischen Denkstrukturen und nationalistischen Haltungen. In der aufgeheizten gesellschaftlichen Debatte um den Umgang mit Asylbewerber_innen hat die AfD nach Monaten interner Streitigkeiten und schlechter Außendarstellung sowie der Ablösung von der zentralen Forderung der „Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ ein Thema gefunden, mit dem sie in die Offensive gehen kann.

Die Instrumentalisierung der Debatte verleiht der Partei Auftrieb: Sie ist mit ihren Protagonist_innen in den öffentlichkeitswirksamen Abendtalkshows zum Thema vertreten, etabliert sich als Partei „rechts der Union“ und darf auf den Einzug in weitere Landtage – auch im Westen Deutschlands – hoffen. Die im Rahmen einer selbst so bezeichneten „Herbstoffensive“ gestarteten, zahlenmäßig recht erfolgreichen Mobilisierungen zu Demonstrationen in Erfurt und anderen Orten in Thüringen und Sachsen-Anhalt im Jahr 2015, stärken zudem offenbar das Selbstbewusstsein der Partei auch in den Landes- und Kreisverbänden, die bisher eher unscheinbar geblieben sind.

Dazu gehörten zunächst auch die AfD-Gliederungen im Regierungsbezirk Münster. Seit Herbst 2015 haben die Aktivitäten hier und in anderen Regionen NRWs jedoch deutlich zugenommen. Die AfD ist dabei keine ein-Themen-Partei – allerdings kann sie die aktuell zugespitzte gesellschaftliche Debatte um das Thema Asyl für sich nutzen. Hier soll der Schwerpunkt dieses Analysepapiers liegen: Wie ist die AfD in NRW und besonders im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet einzuordnen? Welche Strategie verfolgt sie – in den Parlamenten wie auch auf der Straße und im „vorpolitischen Raum“ – und mit welchem Personal tritt sie an? Nicht zuletzt aber auch: was kann die Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit der AfD tun?

¹ <http://www.waf-afd.de/2015/11/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016

² <https://www.youtube.com/watch?v=e5g4iP-MouUM>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016

„RECHTS DER UNION“ – AUFTRIEB NACH SPALTUNG

Bei der Sonntagsumfrage liegt die AfD momentan bei über 10 Prozent³. In Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Bremen und Hamburg konnte die Partei im Jahr 2015 in die Landesparlamente einziehen, nahezu in allen Bundesländern liegt sie in den Umfragen weit über der Fünf-Prozent-Hürde, vielfach sogar im zweistelligen Bereich⁴. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent), Baden-Württemberg (15,1 Prozent) und Sachsen-Anhalt (24,2 Prozent) am 13.3.2016 ist die AfD in die Landtage eingezogen. Zudem konnte die AfD im Jahr 2014 sieben Abgeordnete ins Europaparlament entsenden und bei der Bundestagswahl im September 2013 mit 4,7 Prozent einen Achtungserfolg erzielen. Die Partei existiert erst seit knapp drei Jahren, verfügt aber mittlerweile in jedem Bundesland über einen Landesverband. Auch in NRW liegt die AfD in den Umfragen bei 10 Prozent, zudem ist sie in den Stadträten und Kreistagen angekommen. Bei den letzten Kommunalwahlen im Mai 2014 erzielte sie ein Gesamtergebnis von 2,5 Prozent und ist seither mit zahlreichen Mandatsträger_innen in vielen Gemeinde- und Stadträten sowie in einer Reihe von Kreistagen vertreten. Bei den gleichzeitig stattfindenden Europawahlen konnte die Partei sogar 5,4 Prozent auf sich vereinen. Die „Hochburgen“ liegen dabei in Gelsenkirchen (7,6 Prozent) und im westlichen Ruhrgebiet. Auch in Bottrop und im Kreis Recklinghausen erreichte die AfD knapp über fünf Prozent der Stimmen.

Anfang Juli 2015 wurde auf dem Bundesparteitag in Essen der wirtschaftsliberale Flügel um den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke nach einem lange andauernden und teils öffentlich ausgetragenen parteiinternen Richtungsstreit faktisch entmachtet. Der Professor für Volkswirtschaft zog sich daraufhin mit einem Großteil seiner Anhänger_innen aus der AfD zurück und gründete die Partei Alfa – die Allianz für Fortschritt und Aufbruch.

ALFA – ALLIANZ FÜR FORTSCHRITT UND AUFBRUCH:

Die Partei wurde im Juli 2015 maßgeblich von Mitgliedern des Vereins „Weckruf 2015“ um den im AfD-parteiinternen Machtkampf unterlegenen ehemaligen Vorsitzenden Bernd Lucke gegründet. Lucke ist bis heute ihr Vorsitzender, neben ihm und dem ehemaligen Spitzenkandidaten der AfD, Hans-Olaf Henkel, wechselten drei weitere Europaabgeordnete der AfD zu Alfa. Damit verblieben nur noch Beatrix von Storch und der NRW-Landessprecher Marcus Pretzell als AfD-Mitglieder im Europaparlament.

Die Partei versucht offenkundig an die Gründungstage der AfD anzuschließen und stellt sich als „EU-skeptische“, wirtschaftsliberale und konservative Kraft dar. Als neue „Partei der Mitte“ wollen sie die „Sorgen der Bürger ernstnehmen“ und sehen bei sich die „ökonomische Kompetenz“, vertreten durch „Familienunternehmer“. Neben wirtschaftlichen Fragen steht offenbar der Umgang mit Geflüchteten weiterhin im Mittelpunkt auch der neuen Partei: So beschrieb in einem Interview Hans-Olaf Henkel die aktuelle Flüchtlingspolitik als „absolute[n] Wahnsinn“, auf der Facebook-Seite der Bundespartei geht es unter anderem um „Integrationsunwillige“, die Rückkehr zu „Rechtsstaatlichkeit und innerer Ordnung“ sowie um „Obergrenzen und Grenzkontrollen“ am „Beispiel Österreich“. Alfa wird bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz antreten, hat dort allerdings kaum Aussichten auf einen Einzug in die Landesparlamente. Der Landesverband NRW wird angeführt vom an der Westfälischen Wilhelms-Universität lehrenden Volkswirtschaftsprofessor Ulrich van Suntum, der die Partei als „CSU des Nordens“ einordnet. Im Jahr 2016 sollen sich laut Ankündigung des Landesverbands mehrere „Regionsverbände“ (darunter „Münsterland/Recklinghausen“) gründen. Auch der NRW-Ableger von Alfa stellt seine ökonomische Kompetenz in den Vordergrund, fordert zudem aber „Hilfskultur statt Willkommenskultur“ und veranstaltet aktuell vornehmlich „politische Gespräche“ und „Themenabende“ zur Flüchtlingspolitik oder zum Zusammenhang von Migration und innerer Sicherheit. Landes- und lokalpolitisch spielt Alfa in NRW bisher keine Rolle.

Schon vor diesem Ereignis attestierten Beobachter_innen der AfD einen deutlichen Rechtsruck⁵. Während des Richtungsstreits sammelten sich Anhänger_innen des wirtschaftsliberalen Flügels in dem Verein „Weckruf 2015“. Dem entgegen stand die parteiinterne rechte Sammlungsbewegung „Der Flügel“, die maßgeblich vom Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke und dem jetzigen Bundesvorstandsmitglied André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt initiiert wurde und mit der „Erfurter Resolution“ an die Öffentlichkeit trat. Die Unterzeichnenden machen darin klar, dass sie die AfD als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit)“ sowie als „Widerstandsbewegung gegen die Aushöhlung [...] der Identität Deutschlands“ sehen⁶. Auch aus NRW gab es zahlreiche Unterzeichner_innen, unter anderem aus den Vorständen der Kreis- bzw. Bezirksverbände Warendorf, Borken, Steinfurt, Detmold, Herford, Paderborn, Soest und Hamm. Ziel der Resolution war es, den „rechten“ gegen den „liberaleren“ Flügel der AfD in Stellung zu bringen und die Partei insgesamt auf einen national-identitären festzulegen.

Seit dem Essener Parteitag führt Frauke Petry als „erste Sprecherin“ den Vorstand der AfD an, dem etwa mit dem Fraktionsvorsitzenden der AfD in Brandenburg Alexander Gauland oder der EU-Parlamentarierin Beatrix von Storch Vertreter_innen der Partei angehören, die immer wieder mit populistischen Forderungen in der Öffentlichkeit auftreten. Die mediale Repräsentanz der AfD und der Druck der allmorgentlichen PEGIDA-Demonstrationen wirken als „rechte Pressuregroup“ auf Politik und gesellschaftliche Debatte. Sie streben eine „Diskursverschiebung nach rechts“ an, die eine „Erweiterung des rassistischen Resonanzraumes in unserer Gesellschaft forciert“⁷.

ZWISCHEN VERMEINTLICHER SERIOSITÄT UND RECHTSPOPULISTISCHEN ZUSPITZUNGEN: DIE AfD IN NRW

Gegenwärtig ist eine Radikalisierung der Partei und ihres Umfeldes zu beobachten, auch im Landesverband NRW und einigen seiner Kreisverbände. Zwischen dem Landesvorsitzenden Marcus Pretzell und dem damaligen Bundesvorsitzenden Bernd Lucke kam es bereits Anfang 2014 zum Konflikt, als es dem NRW-Landesverband und der AfD-Nachwuchsorganisation *Junge Alternative (JA)*⁸ gelang, Nigel Farage als Redner für eine Diskussionsveranstaltung in Köln zu gewinnen. Farage ist Vorsitzender der rechtspopulistischen *United Kingdom Independent Party (UKIP)*. Lucke distanzierte sich von der Einladung und wertete sie als „Zeichen von mangelndem Fingerspitzengefühl“⁹. Vor dem Hintergrund des damaligen Europawahlkampfes schien ihm ein öffentlicher Schulterschluss mit den britischen Rechtspopulist_innen offenbar strategisch unklug. Pretzell hingegen, damals noch Bundesvorstandsmitglied, nahm auf dem Podium an der Veranstaltung teil, wofür er eine parteiinterne Abmahnung erhielt.

Insgesamt zeigte sich nach dem in Essen eskalierten Richtungsstreit, dass zahlreiche Kreis- und Ortsverbände in NRW den Wechsel im Bundesvorstand begrüßten oder schweigend hinnahmen. Nur wenige gingen auf Distanz zur neuen Vorsitzenden Frauke Petry. Eine Ausnahme bildete beispielsweise der Vorstand des Kreisverbandes Paderborn, der im Juli 2015 fast geschlossen auf Grund des Führungswechsels an der Parteispitze zurücktrat. Auf dem Podium mit Nigel Farage saß 2014 neben Marcus Pretzell auch Martin E. Renner, der zu den Gründungsmitgliedern der AfD zählt. Heute gehört Renner zum Landesvorstand der AfD NRW. Für diesen brachte er eine bereits beim NRW-Parteitag mit lediglich einer Gegenstimme verabschiedete Resolution zum Thema Asyl auf dem Bundesparteitag in Hannover im November 2015 ein¹⁰. Die moderatere, vom Parteivorstand eingebrachte

³ <http://www.wahlrecht.de/umfragen/>, zuletzt abgerufen am 9.3.2016.

⁴ <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm>, zuletzt abgerufen am 9.3.2016

⁵ Vgl. etwa Röser/Häusler (2014): Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, online unter http://www.mobit.org/Material/Rechtspopulismus_08_2014.pdf; „Volk-Führer-Ideologien“ – Rechtsruck in der AfD“, in: Handelsblatt vom 7.4.2015, online unter <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/volk-fuehrer-utopien-rechtsruck-in-der-afd/9727828.html>

⁶ <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/>, zuletzt abgerufen am 25.1.2016

⁷ Kulturbüro Sachsen e.V. (2015): Sachsen rechts unten 2015. Aktuelle Entwicklungen der rechten Szene, S. 23. Online unter http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/Sachsen_rechts_unten_2015_KulturbueroSachsen.pdf

⁸ Vgl. zur Jungen Alternative: Herkenhoff, Anna-Lena (2016): Rechter Nachwuchs für die AfD – die Junge Alternative (JA), in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, 201-217.

⁹ Lucke zitiert nach Lobenstein, Caterina: Die AfD zwischen Mäßigung und Rechtspopulismus. In: Zeit Online vom 28.3.2014. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/afd-ukip-rechtspopulist-nigel-farage/seite-2>

¹⁰ online unter <http://cdn.afd.tools/sites/2/2016/01/w08191322/Leitantrag-Asylder-AfD-NRW.pdf>, zuletzt abgerufen am 27.1.2016.

Position lehnte der Parteitag mehrheitlich ab. Dies wurde weithin als Niederlage für den Bundesvorstand und als Erfolg für die nach rechts gerückte Basis gewertet.

Die Themen, die vom Landesverband bespielt werden, stehen exemplarisch für die „populistische Basiserzählung“¹¹. Diese weist zwei Strukturmerkmale auf: zum einen die „permanente Bezugnahme auf das Volk“, zum anderen eine „ausgeprägte Frontstellung“¹² gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen gesellschaftlichen Eliten. Mit dem „Volk“ wird eine „homogene große Gruppe konstruiert, die gegenüber ‚denen da oben‘ und ‚den Anderen‘ angeblich benachteiligt wird“¹³. Dem „Mythos der Volksgemeinschaft“ kommt so eine „wesentliche Integrations- und Aufwertungsfunktion“ zu¹⁴. Drei Themenfelder werden von der AfD NRW beständig bedient:

__Die Agitation gegen die staatliche (Asyl-)Politik und gegen Geflüchtete, zusammengefasst unter dem Motto „Gegen Eurokrise und Asylchaos“. Dabei steht die „Eurokrise“ offenbar immer weniger für Probleme der Währung, vielmehr funktioniert es als Chiffre für die grundsätzliche Ablehnung der EU-Bürokratie.

__Die Opposition gegen „die da oben“ und das anwaltliche Eintreten für die „kleinen Leute“, in NRW vor allem im Einsatz gegen erneuerbare Energien erkennbar.

__Das Eintreten für die Innere Sicherheit. Schon vor den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten hat die AfD NRW sich immer wieder als Partei der Sicherheit und Ordnung inszeniert, besonders die Stellensituation der Polizei und die Gewalt gegen „Respektspersonen“ sind wiederholt Thema in den Verlautbarungen des Landesverbands und seiner Funktionsträger_innen.

Im Programm des Landesverbands wird zudem die zu Grunde liegende Haltung deutlich. Man befinde sich in Opposition zu einem „Staat, der seine Bürger erziehen,

therapieren oder vor sich selbst schützen will“. Daher sei es notwendig, sich „für die Redefreiheit [...] und gegen den Versuch, im Namen der ‚politicalcorrectness‘ [sic!] Sprach- und Denkregeln einzuführen“, einzusetzen¹⁵. Die Selbstinszenierung als Opfer von und Kämpfer_innen gegen vermeintliche Tabus, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher Reizthemen wie Flucht, Asyl und Integration, aber auch in Bezug auf eine angebliche „Gender-Ideologie“ in der Familienpolitik, „GEZ-Zwangsgeldern“ oder die „staatliche Bevormundung der Bürger“ beim Energieverbrauch, durchzieht die Verlautbarungen der Partei und ihrer Protagonist_innen.

Der nordrhein-westfälische Landesverband gibt sich dabei seriös, verfolgt aber eine rechtspopulistische Strategie und lässt eine deutliche Abgrenzung ins neonazistische Lager vermissen.

DER „GESUNDE MENSCHENVERSTAND“: RECHTSPOPULISTISCHE STRATEGIE IN NRW

Die AfD-Gliederungen des Landesverbands NRW veranstalten in unterschiedlicher Intensität Infoabende und Infostände sowie regelmäßige Stammtische für Interessierte und Mitglieder. Die Akteur_innen der Kreisverbände geben sich dabei bürger_innennah. Der Anspruch, eine „Partei der Vernunft“, gar eine „wahrhaft bürgerliche“ Partei zu sein, die „auf Grundlage sachlicher und faktenbasierter Erwägungen Vorschläge“ macht und dabei „den unmittelbaren Willen freier Bürger [...] in den Vordergrund“ stellt¹⁶, soll auf diese Weise eingelöst werden. Die AfD verortet sich selbst rechts von der Union, zielt aber auf die so genannte Mitte der Gesellschaft.

Die Themen der Veranstaltungen und Veröffentlichungen in NRW in den letzten Monaten zeigen jedoch, dass vor

allem die Instrumentalisierung aktueller gesellschaftlicher Debatten in Form von gerade nicht sachlichen Zuspitzungen vorangetrieben wird, wie ein exemplarischer Überblick der Titel vergangener Veranstaltungen illustriert:

__29.10.2015, Vortrag von Marcus Pretzell in Leverkusen-Rheindorf: „Perspektiven deutscher Asylpolitik in Europa“

__13.11.2015, Demonstration in Niederkrüchten-Elmpt: „Gegen Missstände und Asylchaos in NRW. Rote Karte für Merkel und Arnsberg“

__16.11.2015, Demonstration in Oelde: „Asylchaos beenden“

__19.11.2015, Vortrag von Friedhelm Tropberger in Arnsberg: „Zuwanderung, Integration, Asyl und Rückführung“ (abgesagt nach Protesten, neuer Termin am 1.12.2015)

__4.12.2015, Themenabend in Bottrop mit Frauke Petry im Rahmen der Reihe „Kalter Winter, heiße Themen“: „Scheitert Europa an der Euro- und Asylkrise?“

__4.12.2015, Demonstration in Salzkotten: „Asylchaos beenden - jetzt!“

__16.12.2015, Vortrag von Matthias Gellner in Marl: „Vom Asylchaos zum Immobilienirrsinn“

__15.1.2016, Demonstration in Paderborn: „Rote Karte für Merkel – Asylchaos beenden!“

Die Pressemeldungen und Beiträge auf den Internetseiten der Parteigliederungen durchzieht ein Duktus des Kampfes gegen das „Versagen der Altparteien“, die die „Bevölkerung [...] an der Nase“ herumführen. Der Politik wird allgemein unterstellt, Fakten umzudeuten, zu verschwiegen oder direkt zu lügen: in Anbetracht des herrschenden „Asyldrangs“ steige die „Kriminalitätsrate [...] für die Menschen spürbar an, nur offizielle Zahlen verzerrten augenscheinlich aufgrund politischer Interessen

die Realität“. Gefordert werden harte Maßnahmen, etwa „Durchgreifen statt Deeskalation“.

Auf der Facebook-Präsenz des Landesverbands wird die Stoßrichtung indes noch deutlicher. Hier ist im Januar 2016, vor allem in Bezug auf die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten, die Rede vom „Zusammenbrechen der öffentlich-rechtlichen Schweigespirale“. Es wird gemutmaßt, dass angesichts einer Million Geflüchteter „eine Armlänge Abstand“ wohl zukünftig nicht reiche. Als „Lösung“ gegenüber „nicht-deutschen“ Straftätern präsentiert die Partei die Parole „Grenzen dicht!“. Angesichts der nun „erkennbaren gesellschaftlichen Veränderungen“ stilisiert sich die AfD zur „letzten Möglichkeit“, sich „dem entgegen[zu]stellen“.

Waren es in den vergangenen Jahren vornehmlich niedrigschwellige Informationsstände, Stammtische und Vortragsveranstaltungen, mit welchen die Partei Zuspriech gewinnen wollte, ruft die AfD in NRW seit kurzer Zeit auch zu Demonstrationen auf. Sie versucht damit offenkundig an die Mobilisierungserfolge der AfD in Thüringen anzuknüpfen.

Diese veranstaltet seit September 2015 in Erfurt und in anderen Städten regelmäßig Demonstrationen, die sich vorwiegend gegen die Asylpolitik der Bundesregierung richten. In diesem Kontext gelang es der Partei im Herbst vergangenen Jahres, Woche für Woche mehrere tausend Menschen zu mobilisieren. Prominentester Redner bei diesen Veranstaltungen ist Björn Höcke. Er nutzt das sich ihm bietende Forum, um dort gegen Geflüchtete, Migrant_innen und Andersdenkende zu polemisieren. Zudem attestiert er „sämtliche(n) Altparteien“ „Schuld an der Staatskrise“ zu sein, „in die wir sehenden Auges hineinschlittern“. Die Atmosphäre dieser AfD-Demonstrationen lässt sich durchaus mit der aggressiven Stimmung bei den PEGIDA-„Abendspaziergängen“ vergleichen. Bei beiden Veranstaltungen traten und treten zahlreiche

¹¹ Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 8.

¹² Ebd.

¹³ Zick, Andreas/Küpper, Beate (2015): Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2015, 9-16, S. 9

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Programmkonvolut Alternative für Deutschland Landesverband NRW, S. 15, online unter http://cdn.afd.tools/sites/2/2016/01/08190513/Programmkonvolut_1507021.pdf

¹⁶ Ebd., S. 55

Teilnehmer_innen aus dem neonazistischen Spektrum auf. Der erste, als „Großdemonstration“ angekündigte Aufmarsch des Landesverbandes NRW in Niederkrüchten (Niederrhein) brachte lediglich 150 Anhänger_innen der Partei auf die Straße. An den von den Kreisverbänden Warendorf und Paderborn organisierten Demonstrationen in Oelde und Salzkotten im November und Dezember 2015 nahmen jeweils zwischen 250 und 300 Personen teil, in Paderborn waren es Mitte Januar laut Polizeiangaben sogar 800 Personen, im Februar 500. Neben Christian Blex, dem Sprecher des Kreisverbandes Warendorf, und weiteren regionalen AfD-Vertreter_innen, war mit Renner und Poggenburg auch überregionale Parteiprominenz auf der Redner_innenbühne vertreten. Auch der niedersächsische Landesvorsitzende Armin Paul Hampel, der bereits in Erfurt mit Björn Höcke auf der Bühne stand, sprach in NRW. Inhaltlich wurde bei den Veranstaltungen ebenfalls der Versuch unternommen, an die Demonstrationen in Thüringen anzuknüpfen. So stand nicht nur das Thema „Asyl“ im Fokus, auch die „nationale Identität“ Deutschlands und EU-feindliche Positionierungen wurden in den Redebeiträgen aufgegriffen. Offensiv tritt die AfD auch im Regierungsbezirk Detmold auf. Verschiedene Politiker_innen in Ostwestfalen-Lippe hatten Ende 2015 einen Brief des dortigen Bezirksverbandes erhalten. Darin wird an die Empfänger_innen appelliert, sich von der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu distanzieren, da deutsche „Wertvorstellungen, Lebensweisen, Ordnung, Kultur, Tradition und Religion gefährdet“ seien. Geflüchtete werden als notorisch kriminell dargestellt, sie zu unterstützen wird als „wahnwitzige Idee einer Entdeutschung“ beschrieben. In dem Brief heißt es weiter: „[W]enn Sie diesem Treiben nicht Einhalt gebieten und sich nicht unmittelbar dafür einsetzen, dass Frau Merkel und ihr Kabinett ihrer Ämter enthoben werden, dürften Sie sich bald alleine einer Heerschar von Bittstellern/Forderern gegenüber sehen“. Politische Unversöhnlichkeit, unbedingte Abgrenzung, Feindbildmarkierung, sowie Einschüchterungsversuche gegenüber politischen Gegner_innen scheinen die treibenden Motive hinter diesen Schreiben zu sein und stehen ex-

emplarisch für die rechtspopulistische Strategie der AfD in NRW. Erst dieser Brief führte zur Aufkündigung einer Fraktionsgemeinschaft der zwei AfD-Kreistagsabgeordneten mit den beiden FDP-Vertretern im Kreistag Gütersloh, die nun als Ratsgruppen getrennte Wege gehen¹⁷. Die Partei befeuert gesellschaftliche Konflikte, indem sie durch unzulässige Zuspitzungen und Pauschalisierungen maßgeblich an der Emotionalisierung der politischen Debatten und Verschärfung der Probleme arbeitet, als deren Lösung sie sich und ihr Programm anbietet. Damit stößt sie in die „rechtspopulistische Lücke“, es „droht erstmals seit Jahrzehnten eine [...] Sammlung und bundesweite Ausdehnung einer rechtspopulistischen/rechtsradikalen Formation“¹⁸.

FEHLENDE ABGRENZUNG BZW. SCHNITTMENGEN ZUR EXTREMEN RECHTEN

Martin E. Renner ging in Oelde und Salzkotten nach Aussage des AfD-Kreisverbandes „ausführlich auf die politischen Verwüstungen und Rechtsbrüche in Deutschland“ ein. Er nutzte die Gelegenheit aber auch, um geschichtsrevisionistische Thesen und krude Theorien zu äußern, die Schnittmengen und Anknüpfungspunkte zu neonazistischen Argumentationsmustern offenbaren:

„Wir von der AfD fragen Sie, Frau Merkel: Muss Deutschland abgeschafft werden? Vielleicht, weil wir eine immerwährende Schuld abzutragen hätten? Müssen wir wirklich diesen schon seit Jahrzehnten dauernden Schuldkultur ertragen? Müssen wir wirklich diese unerträgliche und von den Linken eingeforderte (...) Schuldsucht weiterhin akzeptieren? (...) Müssen Jährlich 250.000 Abtreibungen vorgenommen werden, weil dadurch die Zahl der deutschen Neugeborenen und Nachgeborenen dezimiert werden kann und wird?“¹⁹

Den Demonstrationen angeschlossen hatten sich auch Anhänger der neonazistischen Partei „Die Rechte“ aus Dortmund, Hamm und Ostwestfalen-Lippe. Neben den Slogans „Lügenpresse“ und „Wir sind das Volk“ wurde in

¹⁷ <http://hiergeben.de/pages/textanzeige.php?limit=100&order=datum&richtung=DESC&z=1&id=45964>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

¹⁸ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (2015): „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“ Das politische Erscheinungsbild der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen, Erfurt 2015, S. 60.

¹⁹ Auszug aus der Rede von Martin E. Renner vom 16.11.15 in Oelde, online unter https://www.youtube.com/watch?v=_ND-MK9Z6XpI, zuletzt abgerufen am 27.1.2016.

Oelde, offenbar angestimmt aus diesem Spektrum heraus, die neonazistische Parole „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ skandiert. Der Kreisverband Warendorf begrüßte dies in einem Rückblick ausdrücklich. Bei der Demonstration in Salzkotten wurde die Parole dann direkt von einem Redner der AfD angestimmt. Eine trennscharfe Abgrenzung zu neonazistischen Akteur_innen fand auch hier, ebenso wie in Sachsen und Thüringen, nicht statt. Zudem führten Teilnehmer_innen ein großes Transparent des rassistischen und islamfeindlichen Blogs „PI-News“ mit sich, welches im Fotorückblick des Kreisverbandes Paderborn präsentiert wird.

Obgleich der Landesverband im November 2015 ein „Kooperationsverbot mit Parteien oder Mandatsträgern des links- und rechtsradikalen Spektrums“ verabschiedet hat, wurde der AfD in NRW immer wieder eine fehlende Abgrenzung zur extremen Rechten vorgeworfen. So kandidierten auf der Liste der Münsterschen AfD zur Kommunalwahl 2014 ein ehemaliger Republikaner und ein Aktivist des rassistischen Blogs „PI-News“, zudem kam es zu Rangeleien unter Beteiligung ortsbekannter Neonazis im Umfeld eines Infostands in der Innenstadt²⁰. Auch in anderen Gliederungen der Partei suchten Protagonist_innen die Nähe zur extremen Rechten. Der Düsseldorfer Alexander Heumann, Gründer der auf dem rechten Flügel der AfD angesiedelten „Patriotischen Plattform NRW“, sprach im November 2014 auf einer HoGeSa-Demonstration in Hannover vor bis zu 3.000 Neonazis und Hooligans, zudem organisierte der zwischenzeitlich aus der AfD ausgetretene Anwalt die ersten DÜGIDA-„Spaziergänge“ in Düsseldorf.²¹ In Essen traten vornehmlich ehemalige Republikaner auf der Liste der AfD zur Kommunalwahl 2014 an.²² Auch noch nach dem Parteitagbeschluss wurde in Aachen Ende November 2015 vom dortigen AfD-Stadtverordneter eine gemeinsame Ratsgruppe mit einem parteilosen, aber erst unlängst bei Pro NRW ausgetretenen Kollegen beantragt.²³ Zuletzt lud Pretzell mit dem Logo der konservativen EKR-Fraktion im Europaparlament für einen Kongress in Düsseldorf ein. Unter dem Titel „Europäische Visio-

nen – Visionen für Europa“ sprach neben ihm und Petry auch Heinz-Christian Strache, Vorsitzender der österreichischen FPÖ. Diese bildet u.a. gemeinsam mit dem französischen Front National, der niederländischen PVV, der italienischen Lega Nord, der britischen UKIP und dem belgischen Vlaams Belang die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“. Nicht zuletzt dieser Vorgang führte im März 2016 zum Rausschmiss der verbliebenen AfD-Europaabgeordneten aus der EKR-Fraktion – Berührungängste mit den europäischen Rechtsaußenparteien scheint es bei der AfD nun nicht mehr zu geben.

BLICK IN DIE KREISVERBÄNDE: PERSONAL, STRATEGIE UND ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG

MÜNSTER: SERIÖSE INSZENIERUNG UND PROMINENTE GÄSTE

Der Kreisverband Münster ist im Mai 2013 gegründet worden und hat nach eigener Aussage 70 Mitglieder. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die AfD knapp drei Prozent, bei der Europawahl 4,1 Prozent und bei der Kommunalwahl 2,6 Prozent auf sich vereinen. Aktuell ist die AfD nur mit einer Person, Martin Schiller, im Rat vertreten. Der zweite Mandatsträger Richard Mol hat die Partei im September 2014 verlassen. Mit dessen Abgang verlor die AfD den Status als Ratsgruppe und damit auch finanzielle Ressourcen. Zudem stellt die Partei je einen Bezirksvertreter in den BV Münster-Hiltrup und Münster-Nord. Der Kreisverband Münster erscheint bisher bemüht, in der Öffentlichkeit das Bild einer seriösen Partei fern von extrem rechten Einstellungen zu vermitteln. Bei Informationsständen in der Münsteraner Fußgängerzone versucht man, mit den Bürger_innen ins Gespräch zu kommen, wöchentlich wird zu „Stammtischen“ in ein angesehenes Ausflugslokal am Aasee eingeladen. Auf der Homepage bilden Haushaltspolitik und Steuern,

²⁰ siehe <http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/muenster/48143-M%FCnster-%2FZwischenfall-in-der-Fussgaengerzone-AfD-Ordner-sollen-politische-Gegner-angerempelt-haben;art93,2360386>, zuletzt abgerufen am 27.1.2016.

²¹ <http://www.ruhrbarone.de/duегда-afd-mitglied-alexander-heumann-organisiert-demo-in-duesseldorf-gegen-die-islamisierung-des-abendlandes/96328>, zuletzt abgerufen am 07.02.2016.

²² <http://www.derwesten.de/staedte/essen/hilfe-von-rechts-fuer-essens-afd-id9314218.html>, zuletzt abgerufen am 7.2.2016. sowie <http://wordpress.antifa-essen.de/2014/05/fuehrungsriege-der-republikaner-wechselt-zur-afd/> zuletzt abgerufen am 10.3.2016.

²³ <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechtsau-enkl-nge-l-im-stadtrat>, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

Länderfinanzausgleich und Fahrradinfrastruktur die inhaltlichen Schwerpunkte. Im Hinblick auf das Themenfeld Migration begrüßt die AfD Münster ausdrücklich das Engagement sozialer Organisationen. Somit scheint der Kreisverband auf den ersten Blick weit entfernt zu sein von PEGIDA-Positionen und dem aggressiv rechtspopulistischen Erscheinungsbild, das die Partei in Thüringen und Sachsen-Anhalt bietet. Gleichzeitig nahm jedoch der Vorsitzende des Kreisverbandes, Helmut Birke, im März 2015 an einer PEGIDA Kundgebung in Wuppertal teil, zu der auch Hooligans aus dem HoGeSa-Spektrum mobilisiert hatten. Zudem war Birke bei der Demonstration in Salzkotten ebenso zugegen wie beim „Ersten Alternati-

ALTERNATIVER WISSENSKONGRESS:

Auf dem „Ersten Alternativen Wissenskongress“ im März 2015 referierten prominente deutsche Verschwörungsideologen, unter anderem Jürgen Elsässer, Herausgeber des rechten Monatsmagazins Compact. Organisiert wurde dieser Kongress von Udo Hemmelgarn, Bezirksverbandssprecher der AfD Ostwestfalen-Lippe und Kreisverbands-sprecher in Gütersloh. Nachdem der Bundesvorstand unter dem damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke auf Distanz zu der Veranstaltung gegangen war, fand der „Alternative Wissenskongress“ nicht mehr unter dem Label der AfD statt. Als Veranstalter firmierte nunmehr ein eigens gegründeter „Verein zur Förderung des politischen Dialogs e. V.“ Ein zweiter Kongress war für Februar 2016 angekündigt.

ven Wissenskongresses“ siehe *Kasten* in Witten im Jahr 2015. Den Schwerpunkt der münsterschen AfD sieht Birke in der Asyl- und Haushaltspolitik, beim Parteitag in Es-

sen unterstützte der KV Münster die neue Vorsitzende Frauke Petry²⁴.

Die Veranstaltungen des KV Münster zeigen das rechts-populistische Themenspektrum und Personal, auf das die hiesige AfD setzt: Am 27. März 2015 fand in Münster eine Vortragsveranstaltung mit Marcus Pretzell und Beatrix von Storch statt. Beatrix von Storch ist AfD-Europaparlamentsabgeordnete und beteiligte sich an der Organisation der sogenannten „Demos für alle“ in Baden-Württemberg, die unter Schlagworten wie „Ehe bleibt Ehe“ gegen eine vermeintliche „Gender-Agenda“ und eine angebliche „Frühsexualisierung“ Teilnehmer_innen aus dem Spektrum von christlichen Fundamentalist_innen, Antifeminist_innen und Rechtspopulist_innen auf die Straße bringen. Auch die *Junge Alternative* unterstützt die Demonstrationen regelmäßig durch Wortbeiträge.

Der Bezirksverband Münster der *Jungen Alternative* war es auch, der Mitte Januar 2016 die Bundesvorsitzende Frauke Petry für eine Veranstaltung nach Münster eingeladen hatte – letztlich erfolglos. Die Veranstaltung musste zuerst von der Innenstadt nach Handorf verlegt, aber auch dort kurzfristig abgesagt werden, da gleich zwei Veranstaltungsorte hintereinander die Zusage zur Nutzung ihrer Räumlichkeiten zurückgezogen hatten. Schon eine knappe Woche später war der ehemalige Sat.1- und N24-Nachrichtensprecher Hans-Hermann Gockel als Vortragender zu Gast beim Stammtisch des KV Münster. Hier sprach er „Klartext gegen die Gedankenfeigheit“ und bewarb sein Buch „Finale Deutschland. Asyl. Islam. Innere Sicherheit“ mit drastischen Äußerungen: „Heuchelei und Scheinheiligkeit bestimmen das politische Tagesgeschäft. [...] Ändert sich nichts, wird diese Nation mit voller Wucht vor die Wand gefahren.“²⁵

Die Arbeit im Rat und in den BVen beschränkt sich im Wesentlichen auf gelegentliche Redebeiträge und die Ablehnung sämtlicher Anträge zur Einrichtung von Unter-

künften für Geflüchtete. Eigene Anfragen oder Anträge wurden im Jahr 2015 nicht eingebracht. Die Präsenz in den lokalen Medien ist bisher – abgesehen von einiger Aufregung um eine Rede des in der Folge aus der AfD ausgetretenen Ratsherrn Mol, in der er im September 2014 den Bau neuer städtischer Kindergärten als „Angriff auf unsere Verfassung“ geißelte – gering.²⁶ Pressemitteilungen der AfD wurden jedoch in den ersten Wochen nach der Wahl zahlreich in lokalen Printmedien aufgegriffen. Ob sich dies in der Folge der von der Partei auch auf Landes- und Bundesebene breit dargestellten Veranstaltungsabsage – aus Sicht der AfD aufgrund von Zerstörungen und Gewaltandrohungen – ändert, wird zu beobachten sein.

Seit Anfang 2016 existiert eine AfD-Hochschulgruppe an der Westfälischen Wilhelms-Universität, die bisher aber abgesehen von ihrer Facebook-Präsenz kaum politische Aktivitäten entfaltet.

KREIS WARENDORF: DEMONSTRATIONEN, ANFRAGEN UND VERANSTALTUNGEN

Der Kreisverband Warendorf wurde Ende 2013 gegründet, die aktuelle Mitgliederzahl ist nicht öffentlich bekannt. Bei den Europawahlen 2014 erreichte die Partei kreisweit knapp vier, in Ahlen und Ennigerloh annähernd fünf Prozent. Bei der Kreistagswahl 2014 erzielte die Partei knapp drei Prozent und zog mit zwei Vertretern in den Kreistag ein. Christian Blex, gleichzeitig Vorsitzender des Kreisverbandes, und Joachim Multermann vertreten die AfD dort bis heute. Darüber hinaus gibt es im Kreis keine weiteren kommunalen Mandate.

Im Kreistag sorgen vor allem die Einlassungen von Christian Blex für Unruhe. Mit unterschiedlichen Anfragen

und Anträgen fordert die AfD die Verwaltung heraus. Zuletzt stellte die Fraktion im Oktober 2015 eine Anfrage zum Thema „Asylbewerber im Kreis Warendorf“, in der aufgrund der „dramatischen Asylbewerbersituation“ unter anderem Fragen nach der Nationalität der Geflüchteten, dem Anteil der Männer zwischen 18 und 30 Jahren sowie nach dem „Bildungsstatus der Asylbewerber im Wesentlichen“ gestellt wurden. Die weiteren Anfragen aus dem Jahr 2015 behandeln die Themen „Klimaschutz und CO₂“, „Gefahren durch Windanlagen“ sowie die zeitweise Nutzung der ehemaligen Hauptschule in Beelen als Notunterkunft des Landes für Asylbewerber_innen²⁷. Dabei erweckt die AfD im Kreistag immer wieder den Eindruck, es werde durch die Verwaltung beziehungsweise die anderen Parteien stets gegen die „kleinen Leute“ entschieden oder gar Fakten verheimlicht. Die Anträge der Fraktion, vor allem aus dem Jahr 2014, drehen sich vor allem um „politischen Extremismus“. So werden die Ausschüsse des Kreistages aufgefordert, sich auch „mit der Problematik des Linksextremismus“ sowie „religiös motivierte[r] Gewalt und [...] religiöse[m] Extremismus“ zu beschäftigen.

Blex' polemische Zuspitzungen sorgen immer wieder für empörte Reaktionen. In seiner Haushaltsrede im Dezember 2015 sprach er etwa von „rot-grüne[r] Bessermenschenideologie“, warnte vor „desaströsen Auswirkungen der Massenzuwanderung“ auf den Kreis und geißelte die „ökoreligiöse Planwirtschaft in der Stromerzeugung“²⁸. Die SPD-Fraktion und einige Vertreter_innen der Grünen verließen den Saal²⁹ als Reaktion auf die Einlassungen des AfD-Vertreters zu den Asylbewerbern im Kreis, die er als „überwiegend junge, muslimische, unausgebildete Männer“ aus „völlig kulturfremden Regionen“ bezeichnete. Zudem sprach er von einer „ungeordnete[n] und illegale[n] Massenzuwanderung unvorstellbaren Ausmaßes, welche uns nach den [sic!] Willen Ihrer Parteifreunde

²⁴ <http://www.wn.de/Muenster/2040928-Abfuhr-fuer-Lucke-AfD-Chef-Birke-unterstuetzt-Petry>, zuletzt abgerufen am 27.1.2016

²⁵ <http://www.afd-muenster.de/18-startseite/173-klartext-gegen-die-gedankenfeigheit>, zuletzt abgerufen am 27.1.2016

²⁶ <http://www.wn.de/Kommentar/1718990-Kommentar-zur-Kita-Debatte-AfD-sieht-im-Bau-neuer-Kita-Plaetze-Angriff-auf-die-Verfassung>, zuletzt abgerufen am 7.2.2016

²⁷ <http://www.waf-afd.de/Kategorie/kreisverband-warendorf/kreistag/anfragen/page/2/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

²⁸ <http://www.waf-afd.de/haushaltsrede-der-afd-im-kreistag-warendorf/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

²⁹ <http://www.wn.de/Muensterland/Kreis-Warendorf/2204423-Kreis-haushalt-verabschiedet-Zustimmung-mit-Zaehneknirschen>, zuletzt abgerufen am 27.1.2016

unserer eigenen deutschen Identität berauben wird.“³⁰. Spätestens seit der Demonstration in Oelde tritt der KV über die Parlamentsarbeit hinaus offensiver in die Öffentlichkeit. Ein zentrales Thema ist die Agitation gegen Windkraftanlagen, die der AfD als Ausdruck vermeintlich „grüner Ideologie“ gelten. Dabei schließt der Kreisverband an die landesweite Kampagne „Windkraft auf Abstand“ der nordrhein-westfälischen AfD an. Vor allem aber setzt die AfD Warendorf auf die Skandalisierung des Asyl-Diskurses. Schon Ende 2014 sorgte ein „Infoabend zum Thema Asyl“ in Warendorf für hitzige Diskussionen³¹, im September 2015 sprach Friedhelm Tropberger in einem Ahlemer Gasthaus zu „Zuwanderung, Asyl, Integration, Rückführung“. In der anschließenden Diskussion seien sich die Anwesenden weitgehend einig gewesen, dass „die gegenwärtige Asylpolitik Deutschlands und der EU großen Schaden für die Deutschen heraufbeschwören werde.“³² Bereits im Mai 2015 war Martin E. Renner in Ahlen aufgetreten und hatte in seinem Vortrag „sieben existentielle Fragen zur Zukunft der Nation“ aufgeworfen. Auch hier spielte die „Frage über Zusammensetzung und kulturelle Identität des deutschen Staatsvolkes“ offenbar eine herausragende Rolle, werde diese doch „nicht rational debattiert, sondern komplett tabuisiert.“³³ Auf seinem Facebook-Auftritt teilt Blex regelmäßig Artikel der neurechten Zeitschrift *Junge Freiheit* zum Thema „Asyl“ und zeigt sich begeistert von den Auftritten Björn Höckes in Thüringen. Seine eigenen rhetorischen Bezüge auf „Heimat und Identität“ sowie „Kultur und Tradition des deutschen Volkes“ weisen Parallelen zur völkisch-nationalistischen Begriffs- und Ideenwelt der extremen Rechten auf. In einer Rückschau deklarierte Blex den zivilgesellschaftlichen Gegenprotest anlässlich der Demonstration in Oelde als per se undemokratisch, die Demonstrierenden seien „illegal und aggressiv auftretende“ beziehungsweise. „jugendliche, bezahlte Claqueure“ gewesen.

BOTTROP: GASTGEBER FÜR LANDESPARTEITAGE UND EIN STREITBARER RATSHERR

Der Kreisverband Bottrop der AfD hat nach eigener Aussage 35 Mitglieder. Die Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2013 (rund vier Prozent) und der Europawahl 2014 (5,6 Prozent) kann die AfD als Erfolg verbuchen. Bei der Kommunalwahl 2014 erreichte die Partei 1,8 Prozent (allerdings erzielte sie in einem Drittel der Wahllokale über drei, in den „Hochburgen“ zwischen sechs und zehn Prozent) und ist seitdem mit Frank Sapountzoglou im Stadtrat sowie Guido Schulz in der BV Mitte vertreten.

Sapountzoglou stand bereits mehrfach in der Kritik der Öffentlichkeit, etwa weil er in den Privaturlaub fuhr, statt in seiner Funktion als Ratsherr der Wahl des Oberbürgermeisters beizuwohnen, oder aufgrund seiner Facebook-Postings, in denen er die Griechen als „korruptes Volk“ bezeichnete, oder syrische Geflüchtete zur Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth nach Hause schicken wollte.³⁴ Ebenso fiel er durch Verweise auf krude extrem rechte Internetseiten oder das rassistische und islamfeindliche Blog PI-News auf³⁵. Im Stadtrat nimmt Sapountzoglou vor allem an den Sitzungen teil, fällt aber nicht durch eigene Anträge, Wortmeldungen oder Anfragen auf.

Im August und Oktober 2014 sowie im August 2015 fanden Landesparteitage der AfD im Bottroper Saalbau statt. Bei letzterem nutzte Frauke Petry die Gelegenheit, um den Landesverband NRW als „stärkste Stütze“ des Bundesverbands zu charakterisieren. Marcus Pretzell gewann hier den parteiinternen Machtkampf. Der Parteitag sollte somit einen Neustart in NRW markieren. Martin E. Renner wetterte dort auch „gegen die ‚frühkindliche Sexualisierung‘, gegen Gender Mainstreaming und ‚regenbogenfarbene Zebrastrifen‘“. Die AfD sei die „letzte Chance für Deutschland, eine geistig-moralische Wende innerhalb der Gesellschaft zu erreichen“³⁶.

³⁰ <http://www.waf-afd.de/haushaltsrede-der-afd-im-kreis-tag-warendorf/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

³¹ <http://www.wn.de/Muensterland/Kreis-Warendorf/1809866-Infoabend-der-AfD-Grüne-und-Vertreter-von-Fluechtlingsinitiativen-mischen-sich-ein-Hitzige-Debatte-ueber-Asylpolitik>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

³² <http://www.waf-afd.de/Kategorie/veranstaltungen/vortraege/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016. ³³ Ebd.

³⁴ <http://www.derwesten.de/staedte/bottrop/wie-der-bottroper-afd-ratsherr-im-internet-vom-leder-zieht-id9937659.html>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

³⁵ <http://www.lokalkompass.de/bottrop/politik/afd-ratsherr-sapountzoglou-und-die-holocaust-leugner-update-d611390.html>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

³⁶ <http://www1.wdr.de/themen/politik/afd-landesparteitag-104.html>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

Ebenfalls in den Räumlichkeiten des städtischen Saalbaus begrüßte im Dezember 2015 Matthias Gellner, Vorstand des Stadtverbands Bottrop sowie Mitglied im Bundesvorstand und Mittelstandsforum NRW der AfD, die Bundesvorsitzende Frauke Petry zum Themenabend „Scheitert Europa an der Euro- und Asylkrise?“ als Auftakt einer Vortragsreihe, die unter dem Titel „Kalter Winter, heiße Themen“ angekündigt, bisher aber nicht fortgesetzt wurde. 150 Zuhörer_innen folgten den Ausführungen Petrys, die vor allem zur „Asylkrise“ redete.³⁷ Auch die *Junge Alternative*, die seit Ende November 2015 auch auf Bundesebene als offizielle Jugendorganisation der AfD firmiert³⁸, hielt ihren „3. Bundeskongress“ Mitte Januar 2015 im Saalbau in Bottrop ab.

Darüber hinaus tritt der Stadtverband mit Ausnahme von einigen Infoständen in der Bottroper Innenstadt öffentlich bislang jedoch kaum in Erscheinung.

GELSENKIRCHEN: STREIT IM RAT UND KOOPERATION MIT PRO NRW

Der im Herbst 2013 um das ehemalige SPD-Mitglied Hartmut Preuß gegründete Kreisverband Gelsenkirchen erreichte bei der Bundestagswahl 2013 4,7 Prozent, bei der Europawahl 2014 sogar 7,6 Prozent und damit das landesweit stärkste Ergebnis. Nach einem zurückhaltenden Wahlkampf konnte die Partei bei der Kommunalwahl 2014 aus dem Stand fünf Prozent erreichen und damit als viertstärkste Fraktion nach SPD, CDU und den Grünen mit drei Vertretern in den Rat einziehen. Zudem ist sie mit Verordneten in den BVen Nord (Klaus Nelle), Ost (Heribert Hartmann) und West (Martin Jansen) vertreten. Schon bei der Wahl der Gremien des Rats im Juli 2014 offenbarte sich, dass die drei Ratsherrn Hartmut Preuß, Martin Jansen und Dietmar Dillhardt gemeinsam mit

der extrem rechten Partei Pro NRW abstimmten, um sich Sitze in den Gremien zu sichern – nach Aussage des Pro NRW-Vorsitzenden Markus Beisicht auf der Basis vorheriger Absprachen, was Marcus Pretzell wiederum vehement abstritt³⁹. Ähnliche Kooperationen zwischen AfD, Pro NRW und sogar der NPD gab es offenbar auch in Duisburg⁴⁰.

Preuß trat, nachdem er seit Dezember 2014 nicht mehr als Vorsitzender amtierte, im Sommer 2015 aus nicht öffentlich gewordenen Gründen aus der Fraktion, nicht aber aus der Partei aus. Die AfD fiel damit auf den Status einer Ratsgruppe zurück, was ungefähr ein Drittel weniger Zuwendungen für die Ratsarbeit bedeutet. Der Dissens zwischen den Stadtverordneten der AfD scheint auch aktuell noch nicht beigelegt, versteht sich der im November 2015 gewählte Vorstand des KV doch auch als „Vermittler“ in der Zusammenführung der „auseinander gebrochenen Stadtratsfraktion“⁴¹.

Die Vertreter im Stadtrat konnten weder als Ratsgruppe noch zuvor als Fraktion maßgebliche Akzente setzen. Ein „Gelsenkirchener Konsens gegen Extremismus“, den die Ratsgruppe im Mai 2015 als Antrag in den Rat einbrachte, wurde mit Verweis auf vorab erfolgte Positionierungen des Gremiums von der Tagesordnung gestrichen. Die AfD Gelsenkirchen forderte in dem Antrag, der Rat solle sich „gemeinsam aktiv gegen Rechts- und Linksextremismus, gegen Rassismus sowie religiösen Fanatismus in unserer Stadt“⁴² einsetzen.

Im Rahmen der „Herbstoffensive“ der Partei fanden Ende 2015 einige Infostände in unterschiedlichen Gelsenkirchener Stadtteilen statt. Zwei zuletzt angekündigte Stände wurden jedoch mutmaßlich wegen der vorherigen zivilgesellschaftlichen Proteste nicht mehr aufgebaut. Eine für Ende Oktober mit dem Titel „Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen! Asylchaos und Eurokrise stoppen“ angekündigte öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Friedhelm Tropberger musste aufgrund der Absage des

³⁷ <http://www.derwesten.de/staedte/bottrop/100-bottroper-demonstrieren-gegen-afd-chefin-petry-id11352108.html>, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

³⁸ <https://www.junge-alternative.com/junge-alternative-als-offizielle-jugendorganisation-anerkannt/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

³⁹ <http://www.derwesten.de/nrz/staedte/gelsenkirchen/die-afd-ist-keine-alternative-fuer-gelsenkirchen-id9848884.html>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

⁴⁰ <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/wie-die-afd-in-duisburg-die-rechten-im-rat-unterstuetzt-id9905628.html>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

⁴¹ <http://afd.nrw/presse-meldungen/2015/11/gelsenkirchener-afd-setzt-bei-wahl-des-neuen-vorstandes-auf-kontinuitaet/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

⁴² <http://www.lokalkompass.de/gelsenkirchen/politik/afd-antrag-zum-konsens-gegen-extremismus-mit-schlapper-begrue-dung-von-der-tagesordnung-gefeht-d550553.html>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

Wirtes kurzfristig an einen anderen Ort, der „nur noch Mitgliedern und Freunden mitgeteilt wurde“⁴³, verlegt werden. Weitere Veranstaltungen im Jahr 2015 beschäftigten sich mit Themen der inneren Sicherheit sowie der Windkraft, konnten aber über die eigenen Reihen hinaus keine größere Wirkung entfalten.

KREIS BORKEN: AUSTRITTE UND NEUANFANG

Bei der Europawahl 2014 kam der KV Borken auf 3,4 Prozent, im Jahr zuvor holte die AfD bei der Bundestagswahl knapp drei Prozent. Kreisweit kam die Partei bei der Kommunalwahl 2014 auf gut zwei Prozent der Stimmen und wird seitdem von Helmut Seifen, dem Schulleiter eines Gronauer Gymnasiums, im Kreistag vertreten. Eine Zusammenarbeit auf Basis eines bereits ausgehandelten Fraktionsvertrags mit den beiden FDP-Vertretern im Kreistag platzte aufgrund des Drucks der FDP-Basis im Westmünsterland und der Landespartei. Der bisherige FDP-Vorsitzende fand das „traurig“, weil „einiges sehr gut zusammen gepasst hätte“⁴⁴. Seifen fiel darüber hinaus bisher im Kreistag lediglich durch einen Antrag zum Thema „Förderschulen im Kreisgebiet auf“. In Bocholt, der einzigen kreisangehörigen Kommune, in der die AfD 2014 antrat, erreicht sie 2,8 Prozent, für den Stadtverband zog dessen Vorsitzender Sebastian Brinkmann in den Rat ein. Ende 2014 war er auch in den Bundesvorstand der *Jungen Alternative* gewählt worden. Nach der Lucke-Abwahl Mitte 2015 trat er jedoch von seinem Parteiposten zurück und aus der AfD aus, weil er nicht länger dem „faschistoiden Gedankengut [...] mit meinem Namen als Feigenblatt dienen“⁴⁵ wollte. Brinkmann sitzt nun als parteiloser Verordneter im Stadtrat. Der zwischenzeitlich auseinandergebrochene Stadtverband wurde Mitte

Januar 2016 neu gegründet.

Der KV Borken hatte nach der Abwahl von Lucke mit weiteren Austritten zu kämpfen: ebenfalls Mitte Januar 2016 wurde der Kreisvorstand neu gewählt, weil drei Beisitzer die Partei verlassen hatten. Die Gesamtzahl der Mitglieder im Kreis sank von 74 auf 52⁴⁶. Dem Kreisvorsitzenden Seifen war es wichtig, deutlich zu machen: „Einen Rechtsruck gibt es nicht!“. Auf der Facebook-Präsenz des KV wird indes, wie auch in anderen Gliederungen üblich, in rechtspopulistischer Rhetorik gegen „Genderwahn“ polemisiert, das „Versagen der Konsensparteien“ und das „zwangsgebührenfinanzierte Staatsfernsehen“ gegeißelt sowie die These aufgestellt, die „arabisch-nordafrikanisch-muslimische Jugend [hole] sich ihre Lebensweisen aus den Texten von Gangsta-Rappern“. Immer wieder sind zudem Beiträge der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* verlinkt.

OHNE PARLAMENTARISCHE VERTRETUNG: DIE AfD IN DEN KREISEN RECKLINGHAUSEN, COESFELD UND STEINFURT

Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die AfD im Kreis *Coesfeld* 2,8 Prozent erreichen, bei der Europawahl 2014 kam sie auf 3,7 Prozent. Bei der Kommunalwahl 2014 ist die AfD nicht angetreten, daher auch mit keinen Mandatsträger_innen in den Räten oder im Kreistag vertreten. Die Partei bietet Stammtische in verschiedenen Städten des Kreises an und organisiert vereinzelt Infostände. Der Kreisvorstand trat zu großen Teilen nach dem Amtsantritt von Frauke Petry zurück, die Mitgliederzahl ging von 43 auf 27 zurück⁴⁷. Der neue Kreisvorstand konnte bisher kaum wahrnehmbare Aktivitäten entfalten.

⁴³ <http://www.afd-gelsenkirchen.de/veranstaltung-wegen-gewaltandrohung-aus-rotthausen-verlegt/>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

⁴⁴ http://www.borkenerzeitung.de/lokales/kreis-borken_artikel,-FDPAF-Fraktion-schon-wieder-gekippt-_arid,369004.html, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

⁴⁵ <http://www.wn.de/NRW/2040257-Faschistoides-Gedankengut-So-regiert-die-AfD-im-Muensterland-auf-den-Parteilach-vom-Wochenende>, zuletzt abgerufen am 27.1.2016.

⁴⁶ AfD komplettiert Vorstand, Borkener Zeitung vom 16.1.2016.

⁴⁷ <http://www.azonline.de/Muensterland/Kreis-Coesfeld/2132144-Angelika-Bochmann-aus-Herbern-uebernimmt-Sprecher-Funktion-Mitgliederzahl-von-43-auf-27-geschrumpft-Trotz-Aderlass-AfD-im-Kreis-Coesfeld-macht-weiter>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

Erst im Januar 2014 gründete sich der Kreisverband *Steinfurt*. Bei der Europawahl 2014 kam die Partei kreisweit auf 3,3 Prozent, bei der Bundestagswahl im Jahr zuvor waren es 2,8 Prozent. Zur Kommunalwahl 2014 ist die AfD in keiner Kommune des Kreises angetreten. Abgesehen von einem offenbar regelmäßigen Stammtisch in Emsdetten tritt die Partei im Kreisgebiet kaum öffentlich in Erscheinung.

Trotz vergleichbar guter Resultate bei der Bundestagswahl 2013 (2,4 Prozent) und der Europawahl 2014 (5,6 Prozent) gelang es der AfD auch im Kreis *Recklinghausen* nicht, zur Kommunalwahl 2014 anzutreten.

In diesem Kreis ist die Partei allerdings aktiver als in den oben genannten. In Marl, Oer-Erkenschwick und Gladbeck veranstaltete die AfD unregelmäßig Infoabende und -stammtische in Gasthäusern. Im Rahmen der „Herbstoffensive“ des Landesverbandes gab es im Kreisgebiet vereinzelt Infostände. Matthias Gellner, Vorstand des Stadtverbandes Bottrop, sprach Mitte Dezember 2015 in Marl zum Thema „Vom Asylchaos zum Immobilienirrsinn“. Wie bei den anderen Veranstaltungen des KV wurde auch hier die Stoßrichtung klar: „Am Schluss des Abends kamen alle zu der Erkenntnis, dass es ein ‚weiter so‘ nicht geben darf und die AfD alles dafür tun muss, um diese verfehlt und gefährliche Asylpolitik zu beenden.“⁴⁸ Ebenfalls in Marl hielt Martin E. Renner wie in vielen anderen Gliederungen der AfD seinen Vortrag „Die Alternative für Deutschland macht Zukunft möglich“.

DIE AfD IM REGIERUNGSBEZIRK MÜNSTER – EIN VORLÄUFIGES FAZIT

Der Blick auf die Entwicklung, das Personal, die Organisationsstrukturen und die politischen Positionen der AfD im Regierungsbezirk Münster lässt folgende zusammenfassenden, freilich vorläufige, Schlussfolgerungen zu.

Rechtspopulistische Wende: Die spätestens nach dem Essener Bundesparteitag im Juli 2015 vollzogene Entwicklung der AfD zu einer offen rechtspopulistischen Partei lässt sich auch für deren Gliederungen im Regierungsbezirk Münster konstatieren. Besonders (aber nicht nur) im Kreis Warendorf setzen die Vertreter_innen der AfD auf eine polemische, zuspitzende und polarisierende Rhetorik, die sich einseitig aktuell vor allem gegen Geflüchtete richtet, pauschale Ressentiments gegen „die Politik“ schürt und einen ethnisch definierten, „exklusiven“ Volksbegriff beschwört. Ihren Positionen versucht die Partei seit Herbst letzten Jahres nicht mehr nur durch Verlautbarungen auf Flugblättern, im Internet, auf Facebook oder im Rahmen von „Stammtischen“ und Infoveranstaltungen, sondern auch durch Demonstrationen gegen das „Asylchaos“ Nachdruck zu verleihen. Als Vorbild dienen hier zweifellos die straßenpolitischen Mobilisierungserfolge, die Björn Höcke in Erfurt verzeichnen konnte.

Fehlende Abgrenzung nach Rechtsaußen: Mit dieser Kultivierung eines rhetorisch und habituell aggressiven politischen Stils sowie der Zuspitzung der programmatischen Positionen vor allem im Themenfeld Asyl verschwimmen zusehends die von Vertreter_innen der Partei immer wieder behaupteten Abgrenzungen zu anderen Spektren der extremen Rechten. Auf den Facebookseiten von AfD-Gliederungen im Regierungsbezirk

⁴⁸ <https://www.facebook.com/msfnrw/posts/915482958504821>, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

Münster finden sich etwa ständig Verweise auf die neu-rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* oder den rassistischen und islamfeindlichen Blog „*Politically Incorrect*“. In Gelsenkirchen paktierte die Ratsgruppe der AfD offenkundig mit der ebenfalls im Rat vertretenen extrem rechten Partei Pro NRW und bei der AfD-Demonstration in Oelde im November 2015 waren die Aktivist_innen der neonazistischen Partei Die Rechte scheinbar gern gesehene Teilnehmer_innen.

Keine flächendeckenden Strukturen: Obgleich es der AfD gelungen ist, bei ihren Demonstrationen in NRW jeweils einige hundert Anhänger_innen zu mobilisieren, verlief der Aufbau handlungsfähiger Strukturen im Regierungsbezirk Münster bislang eher schleppend. Von einer flächendeckenden Präsenz der Partei kann in der Region nicht die Rede sein. Wahrnehmbare Aktivitäten sind häufig allenfalls in den Sozialen Netzwerken beziehungsweise im Internet zu beobachten. Über eine kohärente Strategie, ihre Mitgliederbasis zu verbreitern, verfügen die Kreisverbände der AfD im Regierungsbezirk Münster offenkundig nicht. Kennzeichnend für die AfD-Gliederungen in der Region waren in den vergangenen zwei Jahren teilweise heftige personelle Querelen, die bereits vor der rechtspopulistischen Wende der Partei auf Bundesebene seit Juli 2015 zu mehreren Rück- und Austritten von Funktionär_innen und Mandatsträger_innen geführt hatten.

Kommunalpolitische Inkompetenz: Die organisatorischen Schwächen und personellen Verwerfungen spiegeln sich auch in den kommunalpolitischen Aktivitäten der Partei im Regierungsbezirk Münster. In den Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen scheint die AfD bislang kaum an konkreten sachpolitischen Fragen interessiert zu sein. Die ohnehin wenigen Anträge, Anfragen

und Wortbeiträge, die von AfD-Mandatsträger_innen eingebracht werden, orientieren sich vielmehr an den Schlagworten und Versatzstücken des rechtspopulistischen Standardrepertoires der Partei und sollen in erster Linie ressentimentgeladene Botschaften transportieren. Vielfach ist das Erscheinungsbild der AfD-Vertreter_innen in den kommunalpolitischen Gremien jedoch durch Passivität und bisweilen augenscheinliche Überforderung geprägt.

AUSBLICK

Aktuell wird allenthalben in Politik und Medien über die Verortung der AfD und den angemessenen Umgang mit ihr diskutiert. Dabei kreisen die Debatten um eine mögliche Beobachtung der Partei durch die Verfassungsschutzbehörden oder um die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen AfD-Vertreter_innen beispielsweise in Wahlsendungen ein Forum geboten werden soll. Auch wenn diese Kontroversen in der öffentlichen Beschäftigung mit der AfD zur Zeit starke Beachtung erfahren, spielen sie für die Auseinandersetzung mit der Partei in kommunalen beziehungsweise regionalen Kontexten eine eher untergeordnete Rolle. Auf dieser Ebene sollten aus Sicht der Mobilen Beratung vielmehr folgende Aspekte die Grundlage für einen kritischen Umgang mit den Positionen und dem Auftreten der AfD bilden.

Präzise Analyse der Themen- und Politikfelder: Für die Auseinandersetzung mit der Partei auf kommunaler und regionaler Ebene erscheint die Frage nach einer Kategorisierung der Partei insgesamt – also deren Zuordnung unter die Großbegriffe Rechtspopulismus oder gar Rechtsextremismus – eher zweitrangig. Analytisch gehaltvoller

und im Hinblick auf die Entwicklung möglicher Handlungsstrategien produktiver ist die Beschäftigung mit den Politikentwürfen, der Rhetorik und der politischen Praxis der AfD in den einzelnen gesellschafts- und kulturpolitischen Themenfeldern. Rassistische, islamfeindliche und andere pauschalisierende und demokratiefeindliche Positionierungen sollten als solche konkret benannt werden. Dabei gilt es in der öffentlichen Auseinandersetzung genau zu erklären, was an den jeweiligen Verlautbarungen der AfD problematisch ist. Auch wenn sich die politische und mediale Empörung häufig an polemischen und zugespitzten, bisweilen unverhohlenen rechtsextremen Äußerungen einzelner AfD-Vertreter_innen entzündet, sollte sich die Kritik daran nicht auf die Skandalisierung dieser vermeintlichen verbalen „Ausrutscher“ reduzieren, sondern auf die Programmatik und den politischen Stil der Partei bezogen werden. Dabei greift es aber analytisch und im Hinblick auf die Entwicklung tragfähiger Gegenstrategien zu kurz, die AfD sowie deren Funktionär_innen und Anhänger_innen als „Nazis“ zu deklarieren.

Schärfung demokratischer Positionen statt „entleerte Ächtung“: Der Ansatz, die Positionen der AfD ausgehend von konkreten Themenfeldern zu kritisieren, setzt voraus, dass die beteiligten Akteur_innen in diesen Auseinandersetzungen ihre eigenen Positionen konturieren und die inhaltlichen Unterschiede zu den Verlautbarungen der Partei herausstellen. In der Vergangenheit haben sich konsequente Ächtungs- und Isolierungsstrategien im Hinblick auf rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Mandatsträger_innen, etwa der NPD oder der „Bürgerbewegung Pro NRW“, zwar durchaus als erfolgreich erwiesen. Gleichzeitig war und ist jedoch festzustellen, dass die Abgrenzung und Isolierung der extremen Rechten oftmals nicht mit inhaltlichen Positi-

onierungen gefüllt wird, sondern gewissermaßen routinisiert oder ritualisiert erfolgte. In diesem Kontext kann von einer „entleerten Ächtung“ gesprochen werden. Vera Henßler und Ulrich Overdeck konstatieren in ihrer Studie über „Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus“ zutreffend: „Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Programmatik extrem rechter Parteien ist kaum noch Grundlage des kommunalpolitischen Umgangs, da die Ablehnung und Ächtung des Rechtsextremismus mittlerweile weder kommuniziert, noch begründet werden muss – sie ist schlicht zur Selbstverständlichkeit geworden.“⁴⁹

Diese Strategie wird im Hinblick auf den Umgang mit der AfD nicht zielführend sein. Sie entspricht aber ebenso wenig einer Haltung, die für sich in Anspruch nimmt, nicht nur „gegen“ Rechtsextremismus, sondern auch „für“ Demokratie Position zu beziehen. Notwendig erscheint also, die eigenen vielfach unreflektiert gebrauchten Bezugnahmen auf „Demokratie“, „Partizipation“ oder „Interkulturalität“, die nicht zuletzt gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Stellung gebracht werden, inhaltlich zu füllen bzw. sich überhaupt erst einmal der Auseinandersetzung mit diesen Postulaten zu stellen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil zahlreiche der von der AfD vertretenen ausgrenzenden und ethnozentrischen Positionen keineswegs nur von randständigen, manifest rechtsextrem orientierten Milieus vertreten werden, sondern in breiten gesellschaftlichen Schichten und Statusgruppen auf Resonanzen stoßen.

Populismus ist keine Gegenstrategie: Indessen ist vor den Versuchen zu warnen, der AfD durch die Übernahme (rechts)populistischer Positionen gleichsam den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen. Erfahrungen aus anderen Regionen Deutschlands und nicht zuletzt einer Reihe europäischer Nachbarländer zeigen deutlich, dass

⁴⁹ Vgl. Henßler, Vera/Overdeck, Ulrich (2014): Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus (herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin in Kooperation mit dem Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V.), Berlin S. 15.

⁵⁰ <http://www.taz.de/15265774/>, zuletzt abgerufen am 8.2.2016.

⁵¹ <https://www.tagesschau.de/inland/niedermayer-afd-101.html>, zuletzt abgerufen am 8.2.2016

derartige Strategien einem weiteren gesellschaftlichen Rechtsruck und einer in der Regel damit einhergehenden Verrohung der politischen Kultur häufig Vorschub leisten – was wiederum die Erfolgsaussichten rechtspopulistischer Parteien erhöht. Der Konfliktforscher Andreas Zick weist darauf hin, dass verbale Kraftmeierei von vielen „sofort als Staatsversagen und Kontrollverlust“ gedeutet wird, was „dann wieder Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten“ darstellt.⁵⁰ Auch der Parteienforscher Oskar Niedermayer betont, dass „rechte Parteien gestärkt (werden), wenn gerade konservative Regierungen der Bevölkerung in Fragen der Zuwanderungspolitik oder der inneren Sicherheit Versprechungen machen, die sie dann nicht einhalten.“⁵¹ Denn verbale populistische Vorstöße wie etwa die Forderung nach Grenzschießung und Abschottung sind freilich aus rechtlichen, technischen, politischen und moralischen Gründen nicht so einfach umsetzbar.

Solidarität und Empathie: Die Verständigung über die eigenen Vorstellungen von Demokratie und gesellschaftlichem Miteinander sollte jedoch nicht nur selbstreferentiell sein. Vielmehr sollten damit auch Sensibilität, Aufmerksamkeit für und Solidarität mit jenen Menschen verknüpft sein, die von den ausgrenzenden und stigmatisierenden Parolen nicht nur der AfD, sondern auch anderer rechtspopulistischer beziehungsweise extrem rechter Gruppen und nicht selten aus der „Mitte der Gesellschaft“ selbst betroffen sind. Deren Perspektiven und Erfahrungen werden in den öffentlichen Debatten, um vermeintliche oder tatsächliche Ängste und Verunsicherungen in der Mehrheitsbevölkerung notorisch ausgeblendet und marginalisiert. Solidarität und Empathie

gewinnen jedoch gerade in der Nachbarschaft, im Stadtteil, in der Freizeit – mit anderen Worten: im Alltag – an Kontur.

Selbstdarstellung der AfD realistisch bewerten: Wichtig erscheint nicht zuletzt – wie schon in der Auseinandersetzung mit anderen extrem rechten Gruppen und Politikentwürfen – nicht den Fehler zu begehen, den (Selbst)Inszenierungspraktiken der Partei mitsamt ihrer „Wir-sind-das-Volk-Rhetorik“ aufzusitzen und diese für bare Münze zu nehmen. Die AfD befindet sich zwar momentan den Wahlumfragen zufolge im Aufschwung. Festzustellen ist aber auch, dass die Strukturen, die Mobilisierungsfähigkeit und der Einfluss der Partei regional nach wie vor sehr unterschiedlich sind. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo die AfD seit 2014 in den Landtagen vertreten ist, lässt sich etwa eine zunehmende Professionalisierung der Parteistrukturen beobachten – eine Entwicklung von der der Landesverband NRW und ein großer Teil der ihm angeschlossenen Kreisverbände noch weit entfernt zu sein scheint. Die kommunalpolitische Bilanz der AfD in den Räten und Kreistagen Nordrhein-Westfalens fällt angesichts von fortgesetzten Spaltungsprozessen, persönlichen Konflikten und schlichter Überforderung bislang höchst bescheiden aus. Diese Beobachtung gilt in besonderem Maße für die AfD im Regierungsbezirk Münster. Die Auseinandersetzung mit der AfD sollte demnach „vor Ort“ so konkret wie möglich ausfallen und sowohl in die Analyse als auch im Hinblick auf die Entwicklung von Handlungsstrategien die jeweilige Verankerung und das Auftreten der Partei im regionalen Kontext miteinbeziehen.⁵²

⁵² Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V./ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (2015): *Wi[e]dersprechen. Über die Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland und die Notwendigkeit, über Demokratie zu sprechen*, Berlin, S. 6.

KONTAKTE UND ANSPRECHPARTNERINNEN

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Mobile Beratung leistet Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu erzielen. Mobile Beratung hilft, AkteurInnen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, miteinander zu vernetzen. Des Weiteren analysiert und dokumentiert die Mobile Beratung fortlaufend rechtsextreme Vorkommnisse und Strukturen in den Regierungsbezirken und sensibilisiert hinsichtlich der Entwicklung ausgrenzender und diskriminierender Einstellungen – explizit auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft. Neben der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) gibt es in Nordrhein-Westfalen vier weitere, bei unterschiedlichen Trägern angesiedelte Teams der Mobilen Beratung, die auf Ebene der Regierungsbezirke tätig sind. Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster ist an den Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster angebunden.

*Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)*
Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
Tel. 0251 / 492 71 09
kontakt@mobim.info
www.mobim.info
www.mobile-beratung-nrw.de

BERATUNG FÜR BETROFFENE RECHTER UND RASSISTISCHER GEWALT

Die Opferberatung unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen bzw. aus rassistisch motivierten Gründen bedroht oder angegriffen wurden. Die MitarbeiterInnen beraten in juristischen Fragen, begleiten auf Wunsch zu Terminen bei der Polizei oder anderen Behörden und vermitteln therapeutische Hilfe. Die Opferberatung arbeitet parteinehmend für die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, mobil, vertraulich und unbürokratisch. In NRW gibt es je eine Beratungsstelle in Westfalen und im Rheinland.

Westfalen:
Back Up – Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt
Königswall 36
44137 Dortmund
Tel: 0231 532 009 40
Tel: 0172 10 454 32 (helpline)
contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org

Rheinland:
Opferberatung Rheinland (OBR)
Volmerswertherstraße 20
40221 Düsseldorf
Tel: 0211 15 92 55 66
info@opferberatung-rheinland.de
http://www.opferberatung-rheinland.de

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG E.V. (BMB)

Im BMB vernetzen sich Beratungsteams aus ganz Deutschland auf der Basis gemeinsamer Fachstandards. Die Zusammenarbeit im Verband ermöglicht fachlichen Austausch, gemeinsame Qualitätsentwicklung und kollegiale Beratung. Seit 2015 ist eines von vier Regionalbüros des BMB bei mobim angesiedelt.

Bundesverband Mobile Beratung e.V.
Bautzner Str. 45
01099 Dresden
0351 5005416
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Regionalbüro Münster
klare@bundesverband-mobile-beratung.de
0251 492 7109



HERAUSGEBERIN /

Mobile Beratung im Regierungsbezirk
Münster. Gegen Rechtsextremismus,
für Demokratie (mobim) im Geschichts-
ort Villa ten Hompel der Stadt Münster.
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
www.mobim.info

AUTOR /

Dario Schach

REDAKTION /

Anna-Lena Herkenhoff, Heiko Klare,
Christina Möllers, Michael Sturm

GESTALTUNG /

„Tüddel“ Heimssoth



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

**Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen**



GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, FÜR DEMOKRATIE IM REGIERUNGSBEZIRK MÜNSTER

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu unterstützen. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler AkteurInnen entgegenzutreten und damit demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.

Neben der gezielten Beratung lokaler und regionaler AkteurInnen wendet sich Mobile Beratung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Betroffenen rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus zu fördern, dokumentiert und analysiert mobim rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Ministerium für Familien, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger von mobim ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

